

**Stellungnahme der Landeselternkonferenz NRW
zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 17/16268
Bildung für das 21. Jahrhundert – Aus der Pandemie lernen –
Bildung endlich konsequent neu denken
Anhörung des Ausschusses für Schule und Bildung am 09. März 2022**

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN 17. WAHLPERIODE
STELLUNGNAHME 17/4923
A15

Dortmund, den 8.3.2022

Sehr geehrte Frau Schulausschuss-Vorsitzende Korte,
sehr geehrte Frau Ministerin Gebauer,
sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses für Schule und Bildung des Landtags NRW
sehr geehrte Damen und sehr geehrte Herren,

wir freuen uns, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das wichtige Thema „Bildung im 21. Jahrhundert“ zur Debatte stellt, bedauern aber die geringe Beteiligung der eigentlich betroffenen Akteure Eltern und Schüler*innen. Dennoch möchten wir die Gelegenheit nutzen, Ihnen unsere Sichtweise darzustellen, und hoffen auf Ihre Kenntnisnahme.

Unserer Stellungnahme möchten wir drei Zitate voranstellen:

Der neuseeländische Reformator Clarence Edward Beeby schrieb schon 1992 in „Biografie einer Idee“: „Die Gesellschaft verändert sich fortwährend, und deshalb sollten sich Schulen, die der Gesellschaft ja dienen, theoretisch genauso schnell verändern. Und zunächst wirkt das auch einfach. Scheint so, als müsse man sich bloß auf... neue Lehrpläne einigen und Bestimmungen erlassen. Bessere Schulhäuser bauen, neues Gerät kaufen, neue Arbeitsbücher herausgeben und den Lehrern zeigen, wie man mit ihnen arbeitet. (...) Aber wenn man tiefer gehen und die Erziehungs-/Bildungsziele verändern will, dann hat man mindestens eine Generation Arbeit vor sich. (...) Das ruft nämlich nach einer neuen Einstellung. Es hat lange gedauert bis wir verstanden haben, dass keine grundlegende Bildungsreform möglich ist, wenn nicht jeder Lehrer den Wandel versteht, an ihn glaubt und ihn als seine eigene Idee akzeptiert. Ansonsten hat die Lehrrgarde die bemerkenswerte defensive Fähigkeit, dieselbe alte Sache immer wieder zu machen, um ihr nur einen schicken neuen Namen zu geben.“

Der bildungspolitische Sprecher der FDP-Fraktion Dr. h.c. Thomas Sattelberger erklärt zum INSM-Bildungsmonitor:

„Der Bildungsmonitor zeigt, dass sich Deutschland auf den zentralen Feldern Schulqualität, Integration und Reduzierung der Bildungsarmut gravierend verschlechtert hat. Bei digitaler Bildung sind vor allem die Bundesländer im Osten abgehängt. Deshalb brauchen wir jetzt dringend eine MINT-Offensive und einen Digitalpakt 2.0. Deutschland muss die Kleinstaaterei des Bildungsföderalismus endlich überwinden und im Grundgesetz ein Kooperationsgebot zwischen Bund und Ländern verankern. Zudem brauchen wir ein engagierteres Bundesbildungsministerium, das Bildungsinnovation und Unterrichtsqualität

vorantreibt. Deutschland darf seine Bildungsdefizite nicht länger schönreden und auf dem Rücken der jungen Menschen aussitzen.“

Der Hirnforscher Prof. Dr. Gerald Hüther sagt: „Wir überfrachten die Schule mit Erwartungen, die sie nicht erfüllt, ja überhaupt nicht erfüllen kann. (...) Die Welt, für die unsere Schulen gemacht worden sind, existiert nicht mehr. (...) für ein glückliches Leben reicht das, was Heranwachsende in den von uns geschaffenen 'Bildungseinrichtungen' lernen, nicht aus. (...) Die in Schulen gängigen Modi machen Kinder darüber hinaus schon sehr früh in ihrer Entwicklung zu Objekten von externen Erwartungen und Zielen, von Belehrung und Bewertung. Damit nehmen wir den Kindern zumeist jegliche Freude am Lernen und gemeinsamen Gestalten der Welt, die ihnen doch eigentlich von Geburt an natürlich gegeben ist. Wir zwingen sie, ihre intrinsische Gestaltungsfreude zu unterdrücken, bis sie verkümmert.“ (FOCUS-Online-Redakteurin Kristina Kreisel Dienstag, 14.09.2021)

I. Ausgangslage

Die Not der Schulen, der Kinder und Familien in der Pandemie, durch die Pandemie - aber auch schon vor der Pandemie - macht deutlich, dass dringend etwas für Schulen, für unsere Kinder verändert werden muss! Was aber brauchen Schulen in Zukunft wirklich und was nicht? Dazu möchten wir im Folgenden auf die Eingabe eingehen, erlauben uns aber auch einige eigene Überlegungen vorzustellen.

Eltern, Lehrkräfte und alle anderen bildungspolitischen Akteure lesen seit Jahren unzählige Bildungs- und Forschungsberichte, die uns immer wieder verdeutlichen, dass Chancengleichheit bislang eine Illusion ist, Bildung häufig immer noch von der sozialen Herkunft abhängt. Natürlich hat Corona vorhandene Benachteiligung verstärkt und neue hinzugefügt. Auch die psychische und physische Belastung ist gestiegen, jedoch für alle Kinder, auch aus guter Sozialstruktur kommende.

Dass das zu einer enormen zusätzlichen Belastung auch für Lehrkräfte geführt und den Lehrberuf dadurch nicht attraktiver gemacht hat, dürfte unumstritten sein. Grundsätzlich fehlen besonders an bestimmten Schulformen qualifizierte Lehrkräfte und Sonderpädagogen. Die jahrelange Mangelverwaltung konnte auch nur sehr begrenzt durch andere Fachkräfte oder nicht professionalisierte Helfer ausgeglichen werden. Es fehlen aber auch weitere Experten. Denn obgleich Bildung mehr als Wissensvermittlung bedeutet und heute auch andere Kompetenzen vermittelt und gefördert werden müssen, ist es nicht Aufgabe einer Lehrkraft, Kinder zu therapieren.

Tiefgreifende Schulreformen sollten zurzeit aber vermieden werden. Das wiederholte Um- und Zurückkrepeln belastet Schulen, Lehrkräfte, Schüler*innen und Eltern extrem. Obwohl alle Eltern immer nur eins wollen, nämlich die beste Bildung für ihr Kind, trifft jegliche Umstellung auf Widerstände, deren Überwindung Kraft kostet, die an anderer Stelle gebraucht würde. So wichtig deshalb eine Reform wäre, frustriert diese Debatte schon bevor sie begonnen hat, weil jetzt schon klar ist, dass die Lebensdauer maximal eine Wahlperiode

umspannen würde. Zuerst bräuchte es die Bereitschaft, auf der Grundlage der zahlreichen wissenschaftlichen Studien mit allen Beteiligten eine ergebnisoffene Debatte zu führen. Erst danach sollte eine parteiübergreifend getragene Reform mit dem Ziel einer deutlichen Qualitätsverbesserung erfolgen.

Grundsatzüberlegung:

Was bedarf es, um Zufriedenheit aller Beteiligten und qualitätvollen Unterricht zu garantieren? 2009 hat es John Hattie auf den Punkt gebracht: „Auf die Haltung und die Expertise der Lehrpersonen kommt es an!“ Bedeutsam seien die Zufriedenheit der Lehrkräfte mit ihrer Arbeit, ihre Erfahrung von Selbstwirksamkeit und ihr Vermögen, Lernfreude zu vermitteln. Dies erreichten Lehrkräfte, wenn sie klare Ziele vorgaben und sich stets darum bemühten, ihr Tun durch die Augen der Schüler*innen zu bewerten. Wird das Lernziel erreicht, sind alle, Kinder, Lehrkraft und Eltern zufrieden. Auch Lucie Cheeseman sagt, dass eine Lehrkraft sicher sein und sich ihrer Wirksamkeit bewusst sein müsse, um Erfolg zu haben.

Da sich die gesellschaftlichen Anforderungen an Schule aber rasant verändern, was sich durch die Pandemie noch um ein Vielfaches verschärft hat, verlieren Lehrkräfte ihre fachliche Sicherheit. Schulen fühlen sich alleingelassen. Bei jeder neuen Anpassung sind sie mehr damit beschäftigt, Curricula anzupassen, um noch Vergleichbarkeit gewährleisten zu können, als sich um ihren eigentlichen Auftrag der Erziehung und Bildung kümmern zu können. Ein erneutes „konsequentes Umdenken“ wird verständlicherweise auf Ablehnung stoßen. Dies ließ sich an der längst überfälligen aber nun überhastet durchgeführten Digitalisierung während der Pandemie erleben. Die Einführung neuer Systeme ohne vorherige Klärung von wichtigen Fragen wie Datenschutz, Gesundheit, technischem Support hat Lehrkräfte an den Rand der Belastbarkeit gebracht und Unmut bei Eltern verursacht.

Umstellungen erfordern Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte. Dabei reichen einmalige Kurzschulungen durch externe Kräfte in der Regel nicht aus, um Sicherheit zu erlangen. Diese kann eher durch eine Begleitung in der schulischen Praxis erreicht werden, bei der Anwendungsbeispiele vor Ort angepasst, vorgeführt und wiederholt werden.

II. Investitionen in Bildung verstärken

Tatsächlich braucht es einen Umbau der Finanzen, wenn Schule Veränderung erfahren soll. Der viel zu geringe Schuletat muss diskutiert werden. Die teilweise enormen Summen, die Schulen jedes Jahr von Sponsoren einwerben, zeigen deutlich die Schiefelage. Bildung wird dadurch immer ungleicher. Es braucht eine klare Ermittlung des tatsächlichen Bedarfs. Es kann nicht sein, dass Schulen vom Schuletat auch noch Leasingkosten für den Kopierer bezahlen müssen und trotzdem noch ein „freiwilliges Kopiergeld“ von den Eltern einsammeln, um über die Runden kommen zu können. Das Aushöhlen der Lernmittelfreiheit,

der Griff in den Geldbeutel der Eltern, wird auf allen politischen Ebenen stillschweigend hingenommen.

Die Personalsituation ist seit vielen Jahren angespannt. Gerade im Verwaltungsbereich brauchen Schulen deshalb mehr Unterstützung, sodass Schulleitungen und Lehrkräfte mehr Zeit für ihre eigentliche Aufgabe haben. Die Sekretariate von Grundschulen sollten nicht nur alle zwei Tage, sondern täglich besetzt sein. Schulleitung sollte grundsätzlich doppelt besetzt werden mit einer pädagogischen und einer Verwaltungsleitung.

Die LEK NRW kann aber nicht befürworten, dass Schule sich selbst um Ausschreibung und Einstellung des Personals kümmern soll. Dies mag zwar attraktiv klingen, bände aber erhebliche personelle Ressourcen und kostete somit Unterrichtszeit. Vor allem aber könnten durch ein solches Verfahren sozial benachteiligte Standorte nochmals benachteiligt werden.

Gleiche Vergütung für gleiche Arbeit steht auch für die LEK NRW außer Diskussion. Jedoch sind wir der Auffassung, dass bei gleichem Entgelt auch gleiche Leistung erwartet werden darf. Eine Attraktivitätssteigerung des Lehrberufs wird nicht allein vom Entgelt abhängen. Vielmehr müssen der Arbeitsplatz und Lernatmosphäre in den Mittelpunkt rücken. Rückmeldungen aus der Pandemie haben gezeigt, dass viele Lehrkräfte durch kleine Lerngruppen eine Leistungssteigerung und einen Attraktivitätsgewinn feststellen konnten. Daher wäre eine Reduzierung der Klassenstärke wohl hilfreicher als mehr Gehalt.

III. Pädagogische Souveränität

Für beste Bildung im 21. Jahrhundert braucht es nicht nur neue digitale Lehr-Methoden, sondern auch zukunftsorientiert ausgerichtete Lehrinhalte. Das sind einerseits die Grundkompetenzen Lesen, Schreiben, Rechnen, deren Vermittlung lange vernachlässigt wurde und deren Festigung immer noch zu oft auch nach 10 Jahren Schulbesuchszeit nicht gelingt. Häufig mangelt es an Vertiefungs- und Förderzeiten.

Damit Schüler*innen sich später erfolgreich behaupten können, muss Schule aber auch schneller neue Erkenntnisse aufnehmen. Zuviel Standardisierung behindert dabei die Innovation. Manche Wissenschaftler sprechen von „Zukunfts-Skills“ und legen dar, dass die bloße Wissensvermittlung hinter Wissensverwaltung und -kontrolle zurücktreten wird, weil in der digitalen Welt unbegrenzt Wissen zur Verfügung steht. Der Wert eines Menschen wird weniger in algorithmus-getriebener Arbeit liegen, die zunehmend Computer und Maschinen übernehmen, sondern in seiner Kreativität, seiner Vorstellungskraft, Intuition und Emotion. Auch der Hirnforscher Gerald Hüther meint, dass es auf Handlungsplanung, Impulskontrolle, Frustrationstoleranz, Verantwortungsgefühl, Empathie, Selbstreflexionsfähigkeit und Offenheit für neue Erfahrungen und Beziehungen ankommen wird. Die LEK NRW stimmt daher zu, dass die zukünftigen Generationen mehr gesamtsystemisch denken lernen und mehr kollaborativ handeln müssen und dies nicht nur mit Blick auf die globale Klimakrise, Ressourcenknappheiten oder den nun ausgebrochenen Krieg in Europa.

Dies alles sind Kompetenzen, für deren Einübung die Lehrenden in Schule bisher kaum Zeit haben, da Bewertung und Vergleichbarkeit im Vordergrund stehen. Die LEK NRW ist überzeugt, dass es zu einem Umdenken bei der Leistungsbewertung kommen muss, weg von einer frustrierenden Defizit-Beurteilung, von Noten als Machtinstrument, hin zu einer stärkenden Kompetenzbescheinigung. Ein Blick auf Regionen wie Skandinavien oder Neuseeland könnte helfen, wo es besser gelingt, sich von Herkunftseffekten zu lösen und den Kindern in der Breite Lernfreude und Bildungserfolge zu ermöglichen.

Mit dem dogmatischen Festhalten an der Vergleichbarkeit hat sich in der Krise noch einmal eindrücklich gezeigt, dass es in Deutschland nicht um das Wohl der Kinder, um Chancengerechtigkeit und Bildung geht. Die von Hattie und vielen anderen Wissenschaftlern beschriebene Leistungssteigerung durch Lernfreude wurde schlicht ignoriert. Es wundert daher nicht, dass seit 20 Jahren Bildungsexpansion in Deutschland eine Illusion geblieben ist.

Ob für die Bildung für das 21. Jahrhundert mehr Ganztagsangebote gebraucht werden oder ob Eltern nicht auch stärker als Bildungsbaustein mitbetrachtet werden müssen, würde am Ende kaum eine Rolle spielen, wenn Schulen auskömmliche zeitliche und personelle Ressourcen erhielten. Wir brauchen glückliche Lehrkräfte und das hängt nicht nur von ihrer Bezahlung ab, sondern ebenso von der Ausstattung der Schule, dem Lernumfeld, der Unterstützung und vom Zutrauen! Nur dann können wir den Schüler*innen auch wieder mehr, statt immer weniger abverlangen.

Die LEK NRW würde die Bildung eines Expertengremiums und eine entsprechende Diskursanregung begrüßen. Wir fordern jedoch eine verbindliche Beteiligung von Wissenschaft, Eltern-, Schulleiter-, Lehrer- und Inklusions-Verbänden, sowie der Landeschüler*innenvertretung.

IV. Demokratiebildung und demokratische Schulkultur

Dass eine demokratische Schulkultur in NRW noch lange nicht erreicht ist, wird überdeutlich, wenn man den Umstand betrachtet, dass zur Landtags-Anhörung über dieses Thema weder die Breite der Elternschaft noch die Schüler*innenvertretung eingeladen wurde.

Würde das Schlagwort von der Bildungspartnerschaft tatsächlich ernst genommen, müssten bei allen bildungspolitischen Weichenstellungen wie bei der Entwicklung von Schulgesetzen oder Kernlehrplänen Eltern, Lehrkräfte und Schüler*innen von vornherein beteiligt werden. Gesellschaftliche Entwicklung fordert insbesondere auch die Einbeziehung der eigentlich Verantwortlichen für Bildung und Erziehung, nämlich der Eltern. Ihnen müssen genauso Kompetenzen zugetraut und abverlangt werden wie Schüler*innen und Lehrkräften. Nur wenn wir voneinander lernen, werden wir Bedarfe erkennen, Empathie entwickeln und gemeinsam Verantwortung übernehmen.

V. Inklusive Schulentwicklung

Durch die Einschränkungen während der Pandemie haben viele Menschen erstmals die Bedeutung von Teilhabe verstanden. Entsprechend gab es Bemühungen, die Teilhabe aller Kinder zu ermöglichen, dabei aber wenig Verlässlichkeit. Das Recht auf Teilhabe darf nicht immer wieder infrage gestellt werden, sondern braucht Rahmenbedingungen, Transparenz und Kontinuität. Es hat sich aber auch gezeigt, dass Rechtsansprüche allein nicht helfen, wenn es an Empathie fehlt. Hier wünscht sich die LEK NRW eine deutlich größere Anstrengungsbereitschaft in allen Schulen und hofft, dass die Erkenntnis der eigenen Vulnerabilität alle Menschen sensibilisiert hat.

Die LEK NRW teilt die Kritik am AO-SF-Verfahren, da es in seiner jetzigen Ausgestaltung nicht dazu führt, dass Kinder optimal gefördert und Schulen mit den dafür nötigen Ressourcen ausgestattet werden. Langfristig sollten Ressourcen den Schulen bei Bedarf grundsätzlich zur Verfügung stehen.

VI. Multiprofessionelle Teams

Ob es wirklich gleich ein ganzes Dorf braucht oder erst einmal eine ehrliche Zusammenstellung des gesamten Finanzbedarfs von Schule, sei dahingestellt. Klar ist, dass mehr Personal in den Schulen benötigt wird, denn Lehrkräfte können nicht auch noch IT-Support, Psychotherapie, Sozialarbeit, Krankenpflege oder Sekretariat übernehmen.

Selbstverständlich erwartet die LEK NRW eine Fortsetzung der Qualitätsentwicklung des Rahmenkonzept für Schulbegleitung, der durch die Pandemie ins Stocken geraten ist. Eine Qualifizierung des Personals würde langfristig zu mehr Verlässlichkeit für alle Beteiligten und zu einer echten beruflichen Perspektive führen, sodass Schulassistenz auf Augenhöhe Teil des multiprofessionellen Teams werden könnte. Damit einher müsste auch ein Umdenken beim Einsatz der vorhandenen personellen Ressourcen gehen, damit mehr Synergien genutzt werden können. Es bedarf entsprechender Landesausführungsgesetze, sodass z.B. Personal der OGS oder der Teilhabeassistenz sich ergänzen können und für alle mehr Planungssicherheit, aber auch gegenseitiges Vertrauen entstehen.

Bei Fortbildungen ist selbstverständlich auch an das multiprofessionelle Team zu denken. Wobei auch hier eine begleitende Betreuung vorzuziehen ist.

VII. Schule im Sozialraum

Hinsichtlich des Ganztagsausbaus hatte die LEK NRW erst kürzlich eine Stellungnahme abgegeben. Wir verweisen auf unsere damaligen Ausführungen. Wichtig ist, dass die Vernetzung von Land und Kommunen sowie die Entwicklung gemeinsamer Konzepte weiter ausgebaut werden. Die in vielen Kommunen bereits vorhandenen Qualitätszirkel müssen flächendeckend eingeführt und sich für alle Beteiligten des Ganztags öffnen.

VIII. Bildung in der digitalen Welt

In Folge der Pandemie hat die Schule bei der Digitalisierung einen Quantensprung gemacht. Die Diskussion über grundlegende Probleme der Digitalisierung aber ist dabei natürlicherweise viel zu kurz gekommen. Denn auch wenn sich die Arbeitswelt rasant wandelt und der Umgang mit digitalen Medien immer wichtiger wird, harren viele Fragen für die Schule noch der Klärung. Dabei geht es bekanntermaßen um Nachhaltigkeit der Beschaffung, Versicherung und Wartung der Geräte, Datenschutz und Fortbildung der Lehrkräfte. Fragen des Arbeitsschutzes für Kinder wie Bildschirmzeit, Abstand zum Bildschirm, Sitzhaltung etc. wurden noch nicht einmal ansatzweise reflektiert. Bei der Erörterung der psychischen Belastungen in der Pandemie werden die Folgen zu wenig mit dem veränderten Nutzungsverhalten in Bezug auf digitale Geräte und dem damit einhergehenden Bewegungsmangel in Verbindung gebracht.

Auch die LEK NRW beanstandet die ungleiche Ausstattung der Schüler*innen mit Endgeräten und fordert die Listung im Katalog der Lernmittel. Dies würde dauerhaft Sicherheit geben und die Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien ermöglichen. Inwieweit dann der Eigenanteil neu berechnet oder vielleicht auch anders gestaffelt werden müsste, sollte nach Ermittlung der Gesamtkosten diskutiert werden.

Digitale Kompetenzen müssen natürlich fester Bestandteil der Lehreraus- und -fortbildung werden. Der Support darf nicht länger Aufgabe von Lehrkräften bleiben, die damit von ihrer eigentlichen Aufgabe abgehalten werden. Stattdessen muss an jeder Schule Fachpersonal eingestellt werden.

IX. Die LEK NRW empfiehlt:

- Die Schaffung eines inklusiven Bildungssystems, das sich konsequent an der individuellen Förderung aller Kinder und Jugendlichen ausrichtet.

Den weiteren Ausbau einer individuellen und inklusiven Bildung aller Kinder und Jugendlichen.

- Darauf aufbauend die Entwicklung eines verbindlichen Leitbilds für alle Ebenen des Bildungssystems und innerhalb dessen die Schaffung größerer pädagogischer Souveränität u. a. in Bezug auf projektorientiertes, fächerübergreifendes Lernen, Formate der Leistungsbewertung und Leistungsrückmeldung, Bildung von Lerngruppen, Zeiten sowie Öffnung von Schule.

Eine Leitbildentwicklung muss zuvor verbindliche Rahmenbedingungen der Beteiligung der Lehrer- und Elternverbände sowie Schüler*innenvertretung festlegen. Das Leitbild darf nicht zu noch mehr Komplexität und Intransparenz für Eltern und Schüler*innen führen. Pädagogische Souveränität darf nicht zum Verlust von Orientierung führen, sondern braucht Verbindlichkeit.

- Ermöglichung von erweiterten Möglichkeiten bei der Personalbewirtschaftung für Schulen im Sinne der Etablierung multiprofessioneller Teamarbeit.

Ausschreibungsverfahren für neue Lehrkräfte binden viel Zeit und benachteiligen Schulen bestimmter Standorte schon heute. Schulleitungen sind nicht ausgebildet für Personalentwicklung. Erweiterte Möglichkeiten der Personalbewirtschaftung setzen daher neben der pädagogischen eine zweite, administrative, im Personalwesen geschulte Schulleitung voraus.

- Eine Reform der Lehrerausbildung, die sich an einem Lehrerbild orientiert, das den Herausforderungen und Aufgaben im Bildungssystem entspricht.

Wir brauchen Lehrkräfte mit Empathie, Vorurteilsbewusstsein, Inklusionsbereitschaft und Freude am Lehren als wichtigster Kompetenz, damit sie sich in ihrer Tätigkeit als wirksam erleben können. Was fachliche Kompetenzen betrifft, so erwartet die LEK NRW von Akademikern, dass sie sich fortlaufend auf dem neusten wissenschaftlichen Stand halten.

- Eine Reform der Berechnung der Lehrerarbeitszeit, die die wirklichen Anforderungen angemessen abbildet.

Sicherlich sollte es in bestimmten Fächern oder bei Übernahme zusätzlicher Aufgaben mehr Verfügungsstunden geben. Jedoch halten wir primär eine Entlastung der Lehrkräfte durch administrative Kräfte und multiprofessionelle Teams für nötig. Statt Stunden abzubauen, sollten gerade Teilzeitkräfte attraktive Angebote für Mehrarbeit erhalten. Hinsichtlich des Ganztags bedarf es einer Flexibilisierung, damit Lehrkräfte sich auch auf Teilzeitstellen am Nachmittag bewerben können.

Wir hoffen, dass Sie unsere Sichtweise trotzdem zur Kenntnis nehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Für den Vorstand der LEK NRW

Anke Staar Karla Foerste